

258-2011
264-2011

Vorstoss-Nr: 258-2011
Vorstossart: **Motion**
Eingereicht am: 05.09.2011
Eingereicht von: Schärer (Bern, Grüne) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 4
Dringlichkeit: Ja 12.09.2011
Datum Beantwortung: 26.10.2011
RRB-Nr: 1797/2011
Direktion: ERZ

Kein Lektionenabbau in der Volksschule

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Voranschlag 2012 sowie im Finanz- und Aufgabenplan der Jahre 2013 bis 2015 auf die Reduktion des Unterrichtspensums in der Volksschule zu verzichten.

Begründung:

Alle namhaften Verbände der Wirtschaft sowie die politischen Parteien werden nicht müde festzuhalten, dass die Bildung die zentrale Ressource für die Schweizer Wirtschaft ist. Eine gute Schulbildung ist der Schlüssel für die Zukunft der einzelnen Menschen, für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund erstaunt, dass die vorgeschlagenen Sparmassnahmen nicht vor der Schulstube Halt machen. Die Löcher, die in der Kantonskasse durch die Steuersenkungspolitik gerissen wurden, sollen ausgerechnet durch einen Abbau in der Schulbildung gestopft werden. Aus ökonomischer Sicht kann diese Rechnung nicht aufgehen: Die Schweizer Wirtschaft ist in hohem Grad auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Die wichtigste Grundlage dafür bildet eine gute Schulbildung während der obligatorischen Schulzeit.

Studien, wie u. a. die Pisa Studie, belegen, dass die Schweiz und der Kanton Bern nicht zu den Spitzenreitern gehören, was den Bildungsstand angeht, und dass es noch weitere Anstrengungen braucht, um das Bildungspotential in der Schweiz und im Kanton Bern auszuschöpfen. Beispielsweise gibt es nach wie vor einen eklatanten Mangel an Fachkräften in technischen Berufen, was u. a. dazu führt, dass Stellen nicht besetzt werden können. In der Folge vermag der Kanton Bern, das Potential in innovativen Technologien zurzeit bei weitem nicht auszuschöpfen, was sich wiederum negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt. Die Reduktion des Unterrichtspensums steht also völlig quer in der Landschaft und ist kontraproduktiv.

Da es zudem unvorstellbar ist, den Unterrichtsstoff zu reduzieren – in Mathematik muss der Kanton Bern aufgrund vergleichbarer Studien beispielsweise sogar noch zulegen – wird die Konsequenz dieser Sparmassnahme sein, dass den Kindern eine Verdichtung des Unterrichtsstoffs droht. Dem werden jedoch längstens nicht alle Kinder gewachsen sein – schon heute ist eine Vielfalt von begleitenden Massnahmen möglich, damit die Kinder den steigenden Ansprüchen in der Schule gewachsen sind. Mit der vorgeschlagenen Sparmassnahme drohen weitere solche Massnahmen, welche die eingesparten Mittel wohl mindestens wieder fordern oder sogar übersteigen werden.

Es wird Dringlichkeit verlangt.



Vorstoss-Nr: 264-2011
Vorstossart: **Motion**
Eingereicht am: 05.09.2011
Eingereicht von: glp/CVP (Kast, Bern) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 3
Dringlichkeit: Ja 12.09.2011
Datum Beantwortung:
RRB-Nr:
Direktion: ERZ

Die Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule verkleinern

1. Die Beträge „Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule“ im Entlastungspaket 2012 werden um den Betrag der eingesparten Gelder der in den drei Punkten 2 bis 4 dieser Motion aufgeführten Massnahmen reduziert.
2. In der Erziehungsdirektion werden in der Verwaltung (Zentralverwaltung) Einsparungen von jährlich mindestens 500 000 Franken ab 2013 ins Entlastungspaket 2012 aufgenommen.
3. Der Kanton zieht sich aus der Mitfinanzierung der Mehrkosten der Basisstufe zurück. Den Gemeinden steht es frei, Basisstufen zu führen, wobei sie für die zusätzlich anfallenden Kosten selber aufkommen müssen.
4. In Produktgruppe Kultur werden zusätzlich zu den im Entlastungspaket 2012 vorgesehenen Massnahmen mindestens 1,5 Millionen eingespart.

Im Kanton Bern ist die jährliche Unterrichtszeit im interkantonalen Vergleich schon heute tief. Der Kanton Bern belegt gemäss Bildungsbericht Schweiz 2010 die Ränge 20 (deutschsprachige Primarstufe), 23 (deutschsprachige Sekundarstufe), 15 (französischsprachige Primarstufe) und 20 (französischsprachige Sekundarstufe). Mit der vorgesehenen Reduktion der Lektionenzahl wird der Kanton Bern auch in dieser interkantonalen Rangliste auf einen der letzten Plätze abrutschen. Es muss damit gerechnet werden, dass die Reduktion der Lektionenzahl die Bildungsqualität der Volksschule im Kanton Bern negativ beeinflussen wird, denn mit der vorgesehenen Reduktion werden die Schülerinnen und Schüler in Zukunft während ihrer Schulzeit einige hundert Stunden betreutes und begleitetes Lernen weniger besuchen können als bisher.

Im Entlastungspaket 2012 weisen verschiedene Direktionen substanzielle Einsparungen in der Verwaltung auf. In der Erziehungsdirektion fehlen solche Massnahmen. Auch wenn in der Verwaltung der Erziehungsdirektion nicht mehrere Millionen eingespart werden können, so müssen Sparanstrengungen in der Verwaltung gegenüber direkten Einsparungen in der Volksschule priorisiert werden.

Vor dem Hintergrund der Reduktion der Lektionenzahl ist die Weiterführung oder gar der Ausbau der Basisstufe nicht zu rechtfertigen. Die Kosten für die Basisstufenklassen sind bis eineinhalb Mal so hoch wie für Regelklassen. Der Nutzen der Basisstufe ist umstritten. Der Projektschlussbericht der EDK-Ost „4 bis 8“ zeigt einige Vorteile auf, diese fallen jedoch in Relation zu den zusätzlichen Aufwendungen mager aus. Vom Basisstufenmodell kann nur ein Teil der Kinder profitieren, währenddem andere Kinder dieses mit einer im gesamtschweizerischen Vergleich tiefen jährlichen Unterrichtszeit indirekt mitfinanzieren.

Im Entlastungspaket 2012 sind in der Produktgruppe Kultur lediglich zwei Einsparungen vorgesehen, die jedoch vom Lotteriefonds kompensiert werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass in der Volksschule und damit bei der Förderung der Kinder wesentliche Einschnitte vorgenommen werden und der Kulturbereich von den Einsparungen verschont bleibt.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Antwort des Regierungsrates

Die Regierung fasst die Antworten auf die Motionen Kast und Schärer zusammen, da die beiden Motionen den geplanten Lektionenabbau im Rahmen des Entlastungspakets des Regierungsrats betreffen. Die Motion Schärer verlangt einen gänzlichen Verzicht auf einen Lektionenabbau in der Volksschule. Die Motion Kast verlangt einen Abbau in der Zentralverwaltung der Erziehungsdirektion um 500'000 Franken, einen Verzicht auf die kantonale Mitfinanzierung der Basisstufe und eine Einsparung von mindestens 1,5 Millionen Franken in der Produktgruppe Kultur. Entsprechend diesen Einsparungen soll der Abbau von Lektionen im Sparpaket reduziert werden.

Trotz restriktiver Finanzpolitik und Haushaltentlastungen weist das vom Regierungsrat verabschiedete Budget 2012 ein Defizit und eine Neuverschuldung von rund CHF 150 Mio. aus. Die Haushaltentlastungen basieren auf dem Entlastungspaket 2012 im Umfang von rund CHF 277 Mio.

Bei der Erarbeitung des Entlastungspakets kam der Regierungsrat auch im Bereich Kindergarten/Volksschule nicht darum herum, mittels einer Reduktion des Unterrichtsangebots für die Schülerinnen und Schüler Einsparungen zu realisieren.

Beim Entscheid des Regierungsrats zur Massnahme „Reduktion der Lektioenzahl in der Volksschule“ handelt es sich um eine einzelne Massnahme aus einem ganzen Paket zur Entlastung des Staatshaushaltes. Die Regierung hat sich bemüht, gerade im sensiblen Bereich der Bildung Massnahmen vorzuschlagen, welche vertretbar sind und nachhaltig Einsparungen bringen können. Die Herauslösung einer einzelnen Massnahme aus dem Entlastungspaket gefährdet die Umsetzung des Paketes als Ganzes.

1. Kein Lektionenabbau in der Volksschule

Die Motion Schärer verlangt einen Verzicht auf den Lektionenabbau und begründet dies in bildungspolitischem und wirtschaftlichem Kontext. Der Regierungsrat geht mit der Motionärin einig, dass ein Abbau des Bildungsangebotes den aktuell notwendigen Bildungsbestrebungen sowie der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Schule zuwiderläuft.

Ein Abbau von Unterrichtslektionen im vorgeschlagenen Umfang ist angesichts der sich derart verschlechternden Finanzlage nach Meinung des Regierungsrates jedoch noch vertretbar und bringt Einsparungen von über CHF 10 Mio. Nicht vertretbar erschienen dem Regierungsrat Massnahmen, die zu einer Mehrbelastung der Lehrpersonen oder zu Lohnreduktionen führen würden.

Im deutschsprachigen Kantonsteil ist eine Reduktion von Lektionen in den Fächern Gestalten (vor allem im 3. und 4. Schuljahr), im Fach Natur, Mensch Mitwelt (NMM) sowie im fakultativen Angebot der Schulen vorgesehen. Details werden zurzeit noch erarbeitet.

2. Die Reduktion der Lektioenzahl in der Volksschule verkleinern

Die Motion Kast will zur Kompensation eines reduzierten Lektionenabbaus die Lohnkosten anderer Bereiche im Budget der Erziehungsdirektion belasten, die kantonale Mitfinanzierung der Basisstufe streichen und in der Produktgruppe Kultur CHF 1,5 Mio einsparen:

Einsparungen in der Zentralverwaltung

Dass in der Auflistung zum Entlastungsprogramm nicht explizit Massnahmen im Bereich der Verwaltung aufgelistet sind, heisst nicht, dass dort im Rahmen der normalen Haushaltsplanungen nicht ebenfalls Einsparungen vorgenommen wurden. Auch bei den vergangenen pauschalen Kürzungen war die Verwaltung jeweils mitbetroffen. Weitere pauschale Kürzungen ohne konkreten Aufgabenabbau sind nicht mehr möglich.

Bezogen auf den Bereich Kindergarten und Volksschule macht die zentrale Verwaltung (inkl. Schulinspektorate) gerade 1.1% der gesamten Kosten in der PG Kindergarten und Volksschule aus. Nach Meinung des Regierungsrates ist diese Grössenordnung für die Erarbeitung von Rahmenbedingungen für die Volksschule, die Unterstützung wie auch für die Schulaufsicht zwingend nötig.

Rückzug aus der Mitfinanzierung der Basisstufe

Der mutmassliche Kantonsanteil für die freiwillige Einführung der Basisstufe ist noch nicht im Voranschlag (VA) 2012 und in der Aufgaben- und Finanzplanung (AFP) 2013 bis 2015 enthalten. Der Regierungsrat geht jedoch immer noch davon aus, dass der Grosse Rat im Rahmen der Beratung der Revision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012) explizit die Frage der freiwilligen Einführung der Basisstufe durch Gemeinden diskutieren und darüber entscheiden wird. Ist dies der Fall, vertritt der Regierungsrat gemäss Vortrag zur Vorlage die Ansicht, dass eine finanzielle Beteiligung des Kantons an den Mehrkosten im Rahmen der ordentlichen Lastenverteilung richtig ist. Alle Unterrichtskosten in Kindergarten und Volksschule werden im Rahmen der Lastenverteilung gleich finanziert, beispielsweise auch die für die Gemeinden heute noch freiwillige Führung des Kindergartens für die Fünfjährigen. Die in der Motion Kast geforderte Praxisänderung in nur einem Segment würde kaum verstanden und würde die interkommunale Verrechnung der Schulgelder durch die Gemeinden unverhältnismässig verkomplizieren.

Zusätzliche Sparmassnahmen im Bereich Kultur

Der Regierungsrat hat beschlossen, die Einsparungen der Produktgruppe Kultur im Entlastungspaket 2012 aus Mitteln des Lotteriefonds zu kompensieren. Er will damit in der Kulturförderung, wo der Kanton meist im Verbund mit anderen Finanzierungsträgern wirkt, verhindern, dass die Sparmassnahmen die Durchführung von zahlreichen kulturellen Anlässen mit teilweise langer Tradition im Kanton gefährden. Ausserdem will der Kanton die Eigentümer von durch ihn als schützens- oder erhaltenswert eingestufte Objekte bei Umbauvorhaben weiter mit Beiträgen unterstützen können, damit die wertvolle Bausubstanz auch künftig erhalten bleibt.

Aus den genannten Gründen lehnt der Regierungsrat die beiden Motionen ab.

Anträge	Motion 258/2011	Ablehnung
	Motion 264/2011	Punkt 1: Ablehnung
		Punkt 2: Ablehnung
		Punkt 3: Ablehnung
		Punkt 4: Ablehnung

An den Grossen Rat